

1/SN-124/ME

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

1010 Wien, den 27. April 1988

Stubenring 1

Telefon (0222) 75 00

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft Dr. Karl Leberl

Zl. 30.064/50-V/1/1988

An das
Bundesministerium
für FinanzenHimmelpfortgasse 4-8
1014 W i e n

Klappe 6203

Durchwahl

Betrifft **GESETZENTWURF**Z. 37 **GE 49 88**

Datum: 03. MAI 1988

Verteilt: 4. MAI 1988

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Gewerbesteuer-
gesetz 1953 (Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand);
Stellungnahme des Ressorts

Zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gewerbe-
steuergesetz 1953 geändert wird, GZ 06 0102/3-IV/6/88,
nimmt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Stel-
lung wie folgt:

Der gegenständliche Entwurf zur Reform der Ertragsbesteuerung
bei der Gewerbesteuer entspricht der Ankündigung in der Re-
gierungserklärung vom 28.1.1987, die für die Beteiligung
der eigenen Mitarbeiter eines Betriebes derzeit bestehende
Hemmnisse beseitigen zu wollen. Die Beteiligung der Ar-
beitnehmer am eigenen Betrieb stellt aber nicht nur ein
steuerrechtliches Problem dar sondern weist darüber hinaus
eine Vielzahl sozialpolitischer Aspekte auf.

Dazu zählt unter anderem die Frage eines möglichen nach-
teiligen Einflusses auf die Höhe von Sonderzahlungen, Ab-
fertigungen, Pensionen etc., dies insbesondere dann, wenn

- 2 -

Beteiligungen als direkter oder indirekter Lohnersatz angeboten werden. Ebenso scheint eine Klärung der Position des mitbeteiligten Arbeitnehmers im Insolvenzfall geboten.

So kann ein als stiller Gesellschafter am Unternehmen beteiligter Arbeitnehmer bei Konkurs des Arbeitgebers seinen Auseinandersetzungsanspruch nur als Konkursgläubiger geltend machen; rückständige Einlagen hat er bis zur Höhe seines Verlustanteiles einzubezahlen (§ 341 HGB). Darüber hinaus gewährt § 342 HGB dem Masseverwalter ein Anfechtungsrecht, wenn dem stillen Gesellschafter auf Grund einer Vereinbarung im letzten Jahr vor der Konkurseröffnung die Einlage zurückgezahlt oder ihm sein Verlustanteil ganz oder teilweise erlassen worden ist. Die Anfechtung ist nur dann ausgeschlossen, wenn der Konkurs durch Umstände verursacht wurde, die erst nach der Vereinbarung entstanden sind. Dies bedeutet, daß die Rückzahlung der vom Arbeitnehmer geleisteten Einlage, die gerade im Hinblick auf die drohende Zahlungsunfähigkeit erfolgt, grundsätzlich anfechtbar ist.

Nach ho. Ansicht wären daher neben der gewerbesteuerlichen Problematik auch diese grundsätzlichen Fragen der Arbeitnehmerbeteiligung einer Lösung zuzuführen.

25 Ausfertigungen dieser Ressortstellungnahmen wurden dem Präsidenten des Nationalrates zugeleitet.

Für den Bundesminister:

M a r t i n e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

